



Tanja Tabbara/Wilfried Telkämper (Hrsg.)

DIALOG MIT DEM POLITISCHEN ISLAM

INHALT

Vorwort	3
Einleitung	5
Peter Schäfer Respekt! Zum Umgang mit Akteuren des politischen Islam	9
Werner Ruf Respekt ja – aber keine Partner Der politische Islam: Was ist das?	18
Verzeichnis der Autoren	26

VORWORT

Der internationale Bereich (Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit/ZID) der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird sich zukünftig mehr als bisher mit den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in muslimisch geprägten Ländern beschäftigen können. Und dies nicht nur in Kooperation mit regionalen Partnerorganisationen von der Zentrale in Berlin aus, sondern auch durch verstärkte Präsenz vor Ort.

Ein Grund dafür sind die stabilen Zuwendungen des Bundeshaushaltes für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aufgrund der Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE, insbesondere bei der letzten Bundestagswahl, kann nun das weltweite Netzwerk von Regionalbüros konsolidiert und ausgebaut werden. Seit den Anfängen des Arabischen Frühlings hat es den Wunsch gegeben, neben den bereits bestehenden Stiftungsbüros in Ramallah und Tel Aviv sowie den Dependancen in Süd-, West- und Ostafrika auch ein Büro für die Region Nordafrika aufzubauen. Hausinterne finanzielle Umschichtungen ermöglichten es, dieses im Oktober 2014 in Tunis zu eröffnen.

Zusammen mit verschiedenen Kooperationspartnern vor Ort sollen von den Regionalbüros Informationen gesammelt, Analysen erstellt, Diskussionen angestoßen und Aktivitäten koordiniert werden. Grundlage dafür sind selbstverständlich die Leitlinien der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des ZID, in denen es unter anderem heißt: «Wir handeln internationalistisch, basierend auf unseren Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen und denen unserer Partnerinnen und Partner weltweit. Solidarisch-kritischer Austausch über gemeinsame Herausforderungen wie auch über divergierende Interessen ist für uns die Grundlage von Dialog und gleichberechtigter Zusammenarbeit.» Ein offener Dialog im politischen Raum basiert für uns als linke politi-

sche Stiftung auf gemeinsamen Werten, die auch eine Mosaiklinke teilt, ja vielleicht gerade weiterentwickelt hat.

Zu den Grundlagen eines modernen, demokratischen und sozialistischen Staates gehören auch einige Errungenschaften der Französischen Revolution, so die Gewaltenteilung, die Erkenntnis und Umsetzung der Trennung von Kirche und Staat sowie die Anerkennung der individuellen Rechte, wie sie etwa in der Erklärung der Menschenrechte mit ihrer sich bis heute weiter entwickelnden universellen Bedeutung und ihrer weltweiten Anerkennung zum Ausdruck kommen. Auf dieser Basis suchen wir in der Region Diskussions- und Kooperationspartner.

Liberté, égalité und *fraternité* waren die Losungen der Französischen Revolution. Die sozialen Bedingungen und Kämpfe waren historisch immer die treibende Kraft für Veränderungen. Von Paris 1789 bis zum Mauerfall 1989 hat es in Deutschland allerdings 200 Jahre zur Umsetzung dieser Losungen gebraucht. Die demokratischen und sozialen Bewegungen, die Arbeitervereine und linken Parteien haben in dieser Zeit viele Opfer bringen müssen. Und die politischen Errungenschaften müssen auch heute immer wieder neu erstritten werden. Menschenrechte in ihrer allgemeinen und universellen Bedeutung und Akzeptanz auf Europa zu reduzieren wäre ebenso unhistorisch, wie sie durch kulturelle Unterschiede zu relativieren.

Das gilt auch in Bezug auf die historische Erkenntnis der notwendigen Trennung von Kirche und Staat für die Entwicklung demokratischer und sozialistischer Gesellschaften. Das zielt nicht auf eine bestimmte Religion und ist auch kein Spezifikum der Auseinandersetzung mit dem politischen Islam, mit der sich der vorliegende Materialien-Band beschäftigt und der eine Diskussion in der Stiftung und ihrem Um-

feld weiter intensivieren soll. So veröffentlichte das Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im April 2014 eine Broschüre von Alikber Alikberov und Arne C. Seifert mit dem Titel «Religion und Transformation in Zentralasien und Südkaukasus» und eröffnete hiermit die Diskussion zu diesem Thema. Einen Beitrag zu einer grundsätzlichen Diskussion liefern die beiden hier veröffentlichten, konträren Artikel zur Frage der Bedingungen, Möglichkeiten und

Grenzen der Zusammenarbeit mit Akteuren des politischen Islam. Die Autoren sind Peter Schäfer, Leiter des Nordafrika-Büros der Stiftung in Tunis, und unser Stiftungsmitglied und Vertrauensdozent Werner Ruf.

Berlin, im Dezember 2014

Wilfried Telkämper

Direktor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID)
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

EINLEITUNG

Eine Beschäftigung mit den Themen unserer Zeit zeigt: Der «Islam als Bedrohung» bestimmt die Schlagzeilen unserer Medien. Dabei befeuern stereotype Klischees eine oft hoch emotional geführte Debatte. Der «Islam» hat das Feindbild «Kommunismus» schon lange abgelöst. Die zunehmende Stärke von militanten Gruppen wie dem Islamischen Staat verstärkt das Gefühl der Bedrohung in Europa. Neben solchen gewaltvoll agierenden Gruppen sind es die Muslimbrüder, die durch ihre tragende Rolle in Ägypten und Tunesien in den deutschen Medien Beachtung finden. Es fehlen insgesamt jedoch differenzierte Analysen zu den unterschiedlichen religiös-politisch motivierten Akteuren, die die komplexe Realität in der Region Nahost und Nordafrika widerspiegeln würden.

In der Linken gab es bislang eine mehr oder weniger intensive Debatte um antimuslimischen Rassismus und die Konstruktion des Feindbildes Islam. Eine intensive Auseinandersetzung mit Akteuren, die sich in ihrem politischen Handeln auf Religion beziehen, fand bislang kaum statt. Wenn überhaupt, verlief die Debatte meist stark simplifizierend und polarisierend entlang von Begriffen wie «reaktionär» oder «antiimperialistisch». Eine differenzierte Analyse der unterschiedlichen Akteure, die sich auf den Islam beziehen, tut daher not ebenso wie eine Beschäftigung mit der Frage, wie eine linke Stiftung mit diesen Akteuren umgehen sollte. Da eine politische Stiftung ein Ort sein muss, in der kontroverse Debatten ihren Raum haben, ja haben müssen, wollen wir hier mit zwei Positionspapieren, die unterschiedliche Standpunkte zum Umgang mit Akteuren des politischen Islam vertreten, eine Debatte beginnen, der Kommentare und weitere Beiträge folgen sollen.

Dass das Thema nicht nur für die Linke von Bedeutung ist, zeigt sich an zahlreichen in

Deutschland geführten Diskussionen, sei es anlässlich von Anhörungen im Bundestag oder initiiert von Parteien beziehungsweise Stiftungen. Peter Schäfer, Islamwissenschaftler und Leiter des Nordafrikabüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, argumentiert in seinem Beitrag, dass wir Informationen und Analysen zum politischen Islam im Westen selten von VertreterInnen des politischen Islam beziehen, sondern von solchen, die wir als Verbündete begreifen. In der Tat ist es auffällig, dass in der Regel VertreterInnen der jeweils eigenen politischen Position eingeladen werden, sich zum Thema zu äußern, die dann zumeist nicht aus der betroffenen Region stammen. Menschen aus dem Mittleren Osten oder Nordafrika, die sich dem politischen Islam zugehörig fühlen, sind selten dabei. Diese eurozentristische Tendenz, diejenigen, um die es geht, von der Diskussion weitgehend auszuschließen, setzt sich auch in anderen die Region betreffenden Themenbereichen fort. (Bei einer Anhörung im Bundestag zu Christen im Nahen Osten stellte der von der LINKEN eingeladen und einzige Referent aus der Region, Dr. Mitri Raheb, in seiner Einleitung fest: «Es freut mich, dass Sie hier nicht nur über, sondern auch mit den Christen aus dem Nahen Osten diskutieren wollen.») Eine löbliche Ausnahme hiervon sind die von der Universität Marburg im Frühjahr 2013 begonnenen Kolloquien mit VertreterInnen des politischen Islam.

In der Auslandsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt sich die Frage, wie eine linke Organisation aus Deutschland in der Region auftreten sollte und wie und mit wem wir das linke Kernthema der «sozialen Gerechtigkeit» verhandeln wollen und sollten. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, was die Stiftung unter der «pluralistischen Linken» versteht. Wer wird dazu gerechnet und

wer nicht? Diese Frage stellt sich im Übrigen nicht nur in Bezug auf Akteure des politischen Islam. Zudem können wir beobachten, dass klassisch linke Themen wie die Daseinsvorsorge oft nicht (mehr) nur von der ideologischen Linken besetzt werden.

Die Frage ist also, wie mit den Akteuren des politischen Islam umgehen, welche Strategien bieten sich an? Ist eine (taktische) Kooperation denkbar, wenn ja, unter welchen Umständen? Welche Kriterien müssten wir hierzu entwickeln? Denkbar wäre es, solche Gruppen zu unterstützen, mit denen unsere linken Partner Bündnisse eingehen, zwischen denen sozusagen ein «Minimalkonsens» besteht. So vertritt eine Reihe von ägyptischen Linken die Position, dass man jenseits von Ideologien über gemeinsame Forderungen und Interessen sprechen muss. So waren zum Beispiel in der Streikbewegung in Ägypten viele Salafisten und auch Muslimbrüder aktiv. Dort gab es auch Bündnisse zwischen linken Gruppen wie den «Revolutionären Sozialisten» und der Studierendenorganisation der «Strong Egypt Party». Ein Vertreter der Partei erklärte in einem Gespräch mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im März 2014, sie seien «politisch und ökonomisch liberal bis links, aber gesellschaftlich islamisch-konservativ, das heißt, wir setzen uns für politische und zivile Freiheiten sowie ökonomische Rechte ein», also auch gegen das neue unter Al-Sisi verabschiedete Protestverbot und die Aburteilung von Zivilisten vor Militärgerichten. Andere Linke lehnen eine engere Kooperation und Bündnisse auf der Grundlage eines Minimalkonsenses ab und begründen dies in der Regel mit fundamentalen Differenzen in Fragen der Geschlechterbeziehungen und -gerechtigkeit. So äußerte sich ein Vertreter der neuen Partei «Brot und Freiheit» im Gespräch mit der Stiftung: «Ich will keine Koalition mit Islamisten, ich brauche meinen Raum, um mich politisch zu entfalten.»

Ähnlich argumentiert Werner Ruf, Prof. em. für internationale Beziehungen und Außenpo-

litik der Universität Kassel und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in seinem Beitrag, nämlich dass Gewaltenteilung, Menschen- und vor allem Frauenrechte zivilisatorische Errungenschaften seien, die nicht einem Kulturrelativismus geopfert werden dürften. Allerdings ist vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit eine Politik, die westliche, in der Aufklärung begründete Werte in die Region «importieren» will, ohne den soziokulturellen Kontext und die politischen Entwicklungen in diesen Staaten zu berücksichtigen, im Kern unglaublich. Linke Politik in der Region sollte sich von derartigen kulturimperialistischen Bestrebungen deutlich abgrenzen, wenn sie eine «Politik auf Augenhöhe» nicht nur postulieren, sondern auch umsetzen will. Stattdessen sollten wir progressive Ansätze und Reformbestrebungen, die sich um demokratische Weiterentwicklung und Geschlechtergerechtigkeit bemühen, ohne dabei ihren eigenen soziokulturellen und politischen Kontext aus den Augen zu verlieren, ernst nehmen. So gibt es eine Reihe von muslimischen Feministinnen wie etwa die Rechtsprofessorin und Theologin Farida Bennani aus Marokko oder die Rechtsprofessorin Azizah al-Hibri, die sich der Reform des islamischen Rechts verschrieben haben und eine zeitgemäße Neuinterpretation der islamischen Rechtsquellen einfordern. Fast alle islamischen Quellen seien ausschließlich von männlichen Rechtsgelehrten interpretiert worden. Frauen diskriminierende Gesetze – in erster Linie im Familien-, Ehe- und Erbrecht – sind aus ihrer Sicht ein kulturelles Produkt einer anderen Epoche, die in ihrem historischen Kontext betrachtet werden müssen. Als sie kodifiziert wurden, galten sie teilweise als progressiv oder hatten praktische Gründe, die heute ihre Bedeutung verloren hätten. Muslimische Frauen, so fordert Hibri, müssten ihre eigene Bresche durch den patriarchalen Dschungel schlagen.¹

lyad Baghdadi, palästinensischer Intellektueller aus den Vereinigten Arabischen Emiraten –

im Frühling dieses Jahres wurde er aufgrund seiner kritischen Schriften ausgewiesen –, hielt auf dem Oslo Freedom Forum im Oktober 2014 eine flammende Rede für die von Kriegen und Repression gebeutelte arabische Bevölkerung, die im Arabischen Frühling für eine kurze Zeit eine Stimme gewonnen hatte, um sie dann wieder zu verlieren. Der Arabische Frühling brauche ein politisches Manifest, wenn er Erfolg haben will, so Baghdadi. Dabei «müssen wir den Begriff Freiheit indigenisieren, um unseren eigenen Ausdruck und unsere eigenen Vorstellungen von der Umsetzung dieses Begriffes zu finden, unseren eigenen Weg zur Freiheit».² In seinem Buch «The Arab Spring Manifesto», das im Sommer 2015 erscheinen soll, will er seine politischen Ideen zu einem islamischen Libertarismus vorstellen.

Als deutsche Organisation müssen wir – so die Position von Peter Schäfer – der Gesellschaft und den Menschen des Landes, in dem wir arbeiten, mit Respekt begegnen, das heißt, wir müssen zunächst versuchen zu verstehen, warum welche Kräfte stark sind. Für Linke in der Region sei die Auseinandersetzung eine andere, wir als ausländische Stiftung könnten nicht einfach kopieren, was Linke beziehungsweise Säkulare im jeweiligen Land täten. Hinzu kommt, dass die vorbehaltlose Solidarität zum Beispiel mit den Säkularen in Tunesien auch problematisch ist, da säkular nicht immer mit links gleichzusetzen ist. Viele der Säkularen entstammen der Elite ihrer Gesellschaft, orientieren sich in ihrer Ausbildung und Werten eher an Europa und vertreten nicht unbedingt Vorstellungen von gesellschaftlicher Umverteilung.

Auf der anderen Seite – und so argumentiert auch Werner Ruf – geht es bei der Frage der «sozialen Gerechtigkeit» auch um wirtschaftliche Alternativen zu einer neoliberalen Politik. Nun ist aber gerade die Politik der Muslimbrüder (unter Mursi in Ägypten und in der En-Nahda-Partei in Tunesien) eine Fortsetzung der jeweils unter Mubarak und Ben Ali

begonnenen neoliberalen Politik, einer Wirtschaftspolitik, die davon ausgeht, dass nur über internationale Kredite und zunehmende Privatisierungen eine Verbesserung der desolaten wirtschaftlichen Lage zu erreichen sei. Dahingestellt, aus welchen Gründen die Muslimbrüder an dieser Wirtschaftspolitik festhalten, widerspricht sie diametral linken Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Werner Ruf zufolge bekämpfen Anhänger des politischen Islam die Werte, für die wir als Linke uns einsetzen, und können daher keine Partner «einer für Demokratie, gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Umgestaltung eintretenden politischen Stiftung sein». Ein Dialog mit ihnen würde, so seine Einschätzung, auch auf Unverständnis, ja Misstrauen bei unserer linken Klientel stoßen.

Dagegen argumentiert Peter Schäfer, dass der Generalverdacht gegen alle politischen Bewegungen, die sich irgendwie auf Religion beziehen, von einer deutschen linken Stiftung nicht einfach mitgetragen werden darf. Eine pauschale Ablehnung des politischen Islam schwäche diejenigen Kräfte, die sich für Demokratie und Pluralismus einsetzen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung müsse sich entscheiden, ob sie Teil einer Konfliktpartei werden oder ob sie dazu beitragen wolle, Konflikte zu überwinden, indem sie auf der Basis ihrer Ziele wie «soziale Gerechtigkeit unterstützen» auch Austausch und Kooperationen mit anderen als klassisch linken Akteuren sucht.

Asef Bayat schreibt in seinem Buch «Leben als Politik»: Die arabischen Revolten haben gezeigt, dass die von den breiten Massen getragenen Forderungen «Würde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit» sind und nicht die Rufe nach einem islamischen Staat.³ Daher gibt es seiner Meinung nach zwei Szenarien für die islamistischen Organisationen: Entweder sie gehen nicht auf die Forderungen der Bevölkerung ein, befinden sie sich dann aber am Rande der Gesellschaft, oder sie greifen diese Forderungen auf, sind dann aber nicht mehr

klassisch-islamistisch, sondern eher post-islamistisch. Dieser Post-Islamismus sei dann weder antiislamisch noch säkular, die Religion sei ihm ein Hauptanliegen, doch ebenso großen Wert hätten die Menschenrechte. Vielleicht ist eine Diskussion um Post-Islamismus etwas verfrüht. Trotzdem: In Tunesien etwa wird es spannend zu beobachten sein, wie sich die islamistische En-Nahda, die in den letzten Parlamentswahlen zur zweitstärksten Partei geworden ist, unter den sich neu herausbildenden politischen Konstellationen und Koalitionen in den Demokratisierungsprozess einbringen wird. Die Frage, wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich in dieser politischen Gemenge-

lage bewegen, welche Entwicklungen sie unterstützen und auf welche potenziellen Partner sie zugehen will und sollte, ist ebenso spannend und noch nicht endgültig beantwortet.

Berlin, im Dezember 2014

Tanja Tabbara

Leiterin des Referats Nordafrika im Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 Al-Hibri, Azizah: Islam, Law and Custom: Redefining Muslim Women's Rights, in: American University International Law Review 12, 1/1997, S. 4. **2** Übers. d. Autorin; vgl. <https://oslofreedomforum.com/talks/the-arab-spring-manifesto>. **3** Bayat, Asef: Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern, Hamburg/Berlin 2012, S. 224 ff.

Peter Schäfer

RESPEKT! ZUM UMGANG MIT AKTEUREN DES POLITISCHEN ISLAM

In Europa und den USA hat das Interesse am Islam sowie an den politischen Bewegungen, die sich (positiv) auf ihn beziehen, seit 1990 stark zugenommen. Die Gründe dafür finden sich im Wesentlichen in den jeweiligen Sicherheitsinteressen, bestenfalls in der zunehmenden Beschäftigung mit einer als fremd empfundenen Kultur, mit der in Dialog getreten wird, um einen «Clash» mit ihr abzuschwächen oder zu vermeiden.

Zwischen Marokko und Indonesien gibt es eine Vielzahl politischer Gruppen und Bewegungen, die sich auf den Islam beziehen. Die Beschreibungen dessen, was den politischen Islam ausmacht, sind so heterogen wie der Kreis der Beschreibenden. Der vorliegende Text konzentriert sich geografisch auf die arabische, überwiegend sunnitische Welt und historisch auf den (noch nicht abgeschlossenen) Entkolonisierungsprozess in dieser diversen Region. Dieser Prozess ist ei-

Frühzeit einer Religion ist jedoch hochgradig unspezifisch und bietet mannigfaltige Interpretationsmöglichkeiten. Dies zumindest haben die drei großen Buchreligionen gemein. Jihadistische Gruppen wie Al-Qaida und der sogenannte Islamische Staat beziehen sich politisch ebenso auf den Islam, wie dies der saudische Wahabismus oder die Muslimbrüder tun. Aber selbst in letzterer Organisation unterscheiden sich beispielsweise die tunesischen (En-Nahda) und ägyptischen Ableger deutlich voneinander. Wie andere auch müssen islamistische Ideen vor dem Hintergrund ihrer Zeit betrachtet werden. Wie in jeder anderen Religion lassen sich in den islamischen Ursprungstexten Argumente für gegensätzliche Ansichten finden.

Ein bekannterer neuzeitlicher Theoretiker des politischen Islam ist der Ägypter Muhammad Abduh, dessen Ziel es ist, «die große Kluft zwischen der europäisierten Elite und der breiten Bevölkerung, die fest in ihren Traditionen verhaftet war», zu überwinden.¹ Nicht zu leugnen ist, dass über einhundert Jahre nach Abduhs Tod diese Kluft unverändert besteht. Die Ursachen dafür sind sicherlich hüben wie drüben zu finden.

Die Beschreibungen dessen, was den politischen Islam ausmacht, sind so heterogen wie der Kreis der Beschreibenden.

ne wesentliche Triebkraft für die Bewegungen des politischen Islam. Von den eher säkularen und panarabischen Kräften (den arabischen «Nationalisten») unterscheiden sie sich durch das Anliegen, sich auch intellektuell auf die muslimische Religion als identitätsstiftende Wertebasis zu beziehen. Einigen davon geht es um eine Rückbesinnung auf die Wurzeln des Islam (Oberbegriff Salafismus), welcher, so die Ansicht, heute häufig verfälscht praktiziert werde. Ein Rekurs auf die idealisierte

Die westliche Wissenschaft beschäftigt sich seit einem Vierteljahrhundert verstärkt mit dem Phänomen der Bewegungen des politischen Islam (nicht nur) in der arabischen Welt, deren Popularität seit der Revolution im Iran 1979 zugenommen hat. Dies zeigten zuletzt die Wahlergebnisse seit Beginn des Arabischen Frühlings 2011. Für die Länder der Region, in denen keine oder restriktive Wahlen stattfanden, wird für den Fall freier Urnengänge ebenfalls ein sehr gutes Abschneiden für

diese Bewegungen angenommen. Die europäische Politik ist jedoch noch sehr zurückhaltend und konzeptionslos im Umgang mit dem politischen Islam und pflegt – mit Ausnahme der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der tunesischen En-Nahda – höchstens oberflächliche Kontakte.

Die Heterogenität dieser Bewegungen und ihrer Politikansätze ist heute bekannt, in Deutschland nicht zuletzt durch Studien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. In «Moderate Islamisten als Reformakteure» vom Februar 2007 beispielsweise wird der deutschen Regierung empfohlen, mit einigen Bewegungen oder Organisationen zu kooperieren beziehungsweise Strukturen der Zusammenarbeit auszubauen.² Mit anderen soll zumindest in Dialog getreten werden. Eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebene Studie von 2006 geht in dieselbe Richtung.³ Diese Empfehlungen wurden von den bisherigen Bundesregierungen, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich umgesetzt. Die diesbezüglichen Hinderungsgründe sind sicherlich vielfältig. GegnerInnen des (politischen) Islam führen dessen (vermeintliche) grundlegende Unvereinbarkeit mit Demokratie ins Feld. Die Debatte um dieses Verhältnis ist wichtig, sie wird jedoch dominiert von Simplifizierungen, Arroganz und Ignoranz.

Wer kritisiert was?

«Die große Vielfalt von menschlichen Zivilisationen zwingt dazu, eine Reihe von kulturellen und religiösen Unterschieden zu berücksichtigen, die nicht abgetan werden können mit der eingefleischten europäischen und vor allem nordamerikanischen Tendenz, die eigenen Verhaltensweisen, Sitten und Werte auf die anderen kulturellen Gruppen zu projizieren und diese nach den eigenen Normen

und Kriterien zu interpretieren und zu bewerten.»⁴ Gesagt hat dies der spanische Schriftsteller Juan Goytisolo 1998. Er ruft dazu auf, die Haltung von Menschen und ihre Entscheidungen aus ihrem Kontext heraus zu betrachten, eigentlich eine ganz einleuchtende Herangehensweise für alle, die Vorgänge in sogenannten anderen Kulturkreisen verstehen oder gar bewerten wollen. Angewandt wird dieser Ansatz jedoch noch kaum, auch nicht gegenüber den Kulturen der arabischen Region und deren verschiedenen politischen

35 Jahre nach der Islamischen Revolution im Iran, 23 Jahre nach dem ersten Krieg gegen den Irak und 13 Jahre nach den Al-Qaida-Anschlägen ist das Feindbild Islam konsolidiert.

Ausprägungen. Wenn sich Menschen nicht massenhaft hinter demokratische Werte stellen, wie sie beispielsweise in Westeuropa interpretiert werden, wird das in Westeuropa oft nicht nur nicht verstanden. Vielmehr wird noch nicht einmal der Versuch unternommen, lokale Kontexte zu betrachten. So bleiben im politischen Westen als Erklärung für den Erfolg bestimmter Bewegungen oder Gruppen oft nur vermeintliche Irrationalität, Menschenverachtung oder kulturelle Entwicklungsdefizite. Das betrifft nicht nur die Bewegungen, die sich politisch auf den Islam beziehen, sondern die islamischen Religionen und Kulturen insgesamt.

35 Jahre nach der Islamischen Revolution im Iran, 23 Jahre nach dem ersten Krieg gegen den Irak (Operation Desert Storm) und 13 Jahre nach den Al-Qaida-Anschlägen ist das Feindbild Islam konsolidiert. Falls es einen Indikator dafür gibt, dass daran in Deutschland nicht gerüttelt werden soll, ist es die geringe Zahl allgemein bekannter arabisch sprechender WissenschaftlerInnen, die sich mit dem politischen Islam und der arabischen Welt be-

schäftigen. Für die Meinungsbildung herangezogen werden lieber die VertreterInnen stereotyper Thesen mit Schlagzeilenpotenzial. So gelten auch heute noch westlich gekleidete arabische Frauen vielfach als fortschrittlich und aufgeklärt. Frauen mit Kopf- oder gar Gesichtsbedeckung repräsentieren symbolisch und pauschal das Gegenteil; die so gekleideten Frauen müssten befreit werden. Substantielle Fortschritte in dieser Debatte scheint es zumindest in Deutschland kaum zu geben, selbst in der Linken nicht. Die Aufklärungsarbeit in diesem Bereich, die Demystifizierung westlicher Bilder von arabischen Frauen, welche Feministinnen wie die Marokkanerin Fatima Mernissi oder die Ägypterin Nawal as-Saadawi leisteten und deren Thesen zumindest in den 1990er Jahren von der deutschen Linken diskutiert wurden, scheint verpufft. In Debatten wird wieder das Klischee vom Kopftuch bemüht. Gesamtgesellschaftlich ist es in Deutschland heute gar salonfähig, einen Zusammenhang zwischen jeweiliger Kultur beziehungsweise Religion und Intelligenz herzustellen. Von einer positiven Entwicklung in Bezug auf eine respektvolle Islamrezeption lässt sich also nicht sprechen. Die Art und Weise der Beurteilung des politischen Islam hängt damit zusammen.

Einseitige Sichtweisen

Die «Säkularen» – ob in der arabischen Welt oder anderswo – sind so heterogen, wie alle mit derartigen Sammelbegriffen bezeichneten politischen Strömungen.⁵ Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung sind diejenigen in der arabischen Welt MitstreiterInnen und KooperationspartnerInnen, die sich für Basisdemokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Viele davon verorten sich in der politischen Linken. Sie befinden sich meist in dezidiertem Opposition zu Kräften des politischen Islam, teils zu religiösen Menschen insgesamt. Viele linke AktivistInnen blicken auf lange Jahre gewaltsamer Auseinandersetzungen mit einigen

islamistischen Gruppen zurück. Die Fronten sind verständlicherweise verhärtet.

So unterstützen in Ägypten beispielsweise viele Linke die blutige Repression der Regierung gegen die Muslimbrüder und andere, die im August 2013 über Tausend Tote forderte. Derartige Bekundungen sind ein Indikator dafür, dass es um den Stellenwert allgemeiner Bürger- oder Menschenrechte in der ägyptischen Linken nicht besser bestellt ist als um den, den diese Linken bei den Islamisten anprangern. Abgesehen davon scheint eine pauschale Ablehnung islamistischer Kräfte – oder gar des Islam als Religion selbst – durch arabische Linke eher dieser selbst zu schaden. Mit einer Zurückweisung können vielleicht inhaltliche Dogmen bewahrt werden, ihre Popularität lässt sich so aber nicht steigern. Die Stigmatisierung von Religion in einer Region, in der die identitätsstiftende Komponente des Islam in den letzten Jahrzehnten beträchtlich zugenommen hat, schreckt viele Menschen ab.

Es gibt aber auch linke Stimmen, die argumentieren, dass Repression kein zielführender Umgang mit großen, gesellschaftlich verankerten Gruppen sei. So spricht sich Louisa Hanoune, Chefin der algerischen Arbeiterpartei, dafür aus, all diese gesellschaftlichen Kräfte in politische Prozesse einzubeziehen. «All jenen, die uns vorhalten, der Islamismus sei in der Demokratie nicht lösbar, rufe ich in Erinnerung, dass er es auch im Krieg nicht ist, ganz im Gegenteil», so Hanoune.⁶ Für dieses Gegenteil gibt es, neben den Entwicklungen in Algerien, weitere Beispiele. In Palästina blieben Verhandlungsangebote der Hamas unbeantwortet und führten zur Marginalisierung der Moderaten innerhalb der Bewegung. In Ägypten hat die staatliche Repression gegen die Muslimbrüder dazu geführt, dass ihre auf Ausgleich bedachten Stimmen in den Hintergrund gerückt sind. Und nicht zuletzt in Syrien zeigen sich seit drei Jahren die Folgen der blutigen Unterdrückung jeglicher Opposition.

Es gab und gibt jedoch auch Beispiele punktueller Zusammenarbeit zwischen linken und islamistischen Kräften. Der gemeinsame Kampf gegen die tunesische Diktatur gehört dazu. 2005 engagierten sich kommunistische, islamistische und andere AktivistInnen gemeinsam in der «Bewegung 18. Oktober» gegen Präsident Ben Ali. Im palästinensischen Ramallah ging die linke PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) 2005 im Stadtrat ein Zweckbündnis mit der Hamas ein. Und in Ägypten kooperierten Linke mit abtrünnigen Mitgliedern der Muslimbruder-Jugend im Zuge der ersten Parlamentswahl nach der Absetzung von Präsident Mubarak 2011. Die «Revolutionären Sozialisten» in Ägypten arbeiten mit einzelnen Salafisten zusammen, auch wenn diese «an einer Hand abzählbar» sind, so einer der AktivistInnen gegenüber der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das bedeutet auch, dass selbst salafistische Bewegungen nicht statisch sind. So vertreten die ägyptischen «Costa-Salafisten», benannt nach einer Café-Kette in Kairo, wo sie oft abhängen, eine neue Generation. «Sie akzeptieren normalerweise keine Anordnungen ihrer ultrakonservativen Scheichs und teilen viele der originären Forderungen der Tahrir-Platz-Proteste nach politischer Öffnung.»⁷ Ähnliche Formen der Zusammenarbeit sind von den Istanbuler Gezi-Park-Protesten 2013 bekannt, nämlich mit den «Antikapitalistischen Muslimen».⁸

Arabische Linke, die beispielsweise in vielen Ländern die Menschenrechtsarbeit dominieren, und andere säkulare Organisationen und Gruppen, sind für externe BeobachterInnen wichtige MittlerInnen für politische und gesellschaftliche Vorgänge in der arabischen Welt, einschließlich des politischen Islam. Sie sind die hauptsächlichen Kontakte in diesen Ländern. Das bedeutet, dass die in Europa zugänglichen Informationen über die Bewegungen des politischen Islam meist von Menschen stammen, die diesen selbst nicht vertreten oder gar in bekennender Gegnerschaft

dazu stehen. Dazu kommt, dass der Sicherheitsaspekt in den externen politischen Analysen oft dominiert und die Beschäftigung mit den Bewegungen des politischen Islam auf diesen reduziert wird. GesprächspartnerInnen von JournalistInnen und PolitikerInnen sind meist diejenigen, die als kulturell nahestehend empfunden werden: mit säkularer Haltung, fremdsprachenkundig, oft Teil der zivilgesellschaftlichen oder politischen Elite. Aber Informationen von Menschen über Ideen, zu denen diese in Gegnerschaft stehen, sind vielleicht eingängig, da sie eigene Bilder bestätigen. Sie vermitteln allerdings nur eine äußerst eingeschränkte Sichtweise.

Hinzu kommt, dass Angehörige westlicher Staaten die innerarabische Kritik an den Bewegungen des politischen Islam nicht einfach kopieren können. Der Kontext ist ein anderer. Analysen und vor allem Kritik aus Europa oder den USA an der Politik im arabischen Raum werden meist als Einmischung in innere Angelegenheiten gewertet, zumindest ist diese Sichtweise sehr populär. Kritik gilt so – vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte und dem neueren Dominanzstreben des Westens, einschließlich der verschiedenen NATO-Kriege in der Region – vielfach als von unlauteren Motiven getrieben.

Warum eigentlich Säkularismus?

Die These von der Unvereinbarkeit von Islam und Menschenrechten oder Demokratie ist wiederkehrender Bestandteil der Debatte über die Zukunft der arabischen Welt. Aus der Sicht vieler AktivistInnen des politischen Islam stellt sich diese These jedoch anders dar. Nach ihrer mehrheitlichen Erfahrung weisen gerade viele (vermeintlich) säkulare Regierungen und Systeme eine negative Bilanz in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte auf. Islamisten wurden – wie viele linke Kräfte ebenfalls – unter säkularen Regimen eingesperrt und gefoltert. Die Meinungsfreiheit war und ist vielfach

stark eingeschränkt. Der Großteil der tunesischen Folteropfer etwa kommt aus dem Lager des politischen Islam. Und in Ägypten beweist derzeit wieder das Militärregime seine Geringschätzung für Menschenrechte und Demokratie. Das Maß an Meinungsfreiheit, das unter der Regierung der Muslimbrüder noch bestand, wurde seit der Absetzung dieser Regierung weiter eingeschränkt.

Auch die «Jungfräulichkeitstests» an Demonstrantinnen wurden während der Zeit der Militärregierung vor und nach – nicht während – der Präsidentschaft Mohammad Mursis durchgeführt.⁹ Als ein Maßstab für Polizeibrutalität unter der Militärregierung ging das Video ««Blue bra» girl brutally beaten by Egypt military» um die Welt.¹⁰ Und AktivistInnen, die sich anfangs des Jahres 2014 gewaltfrei gegen die neue Verfassung aussprachen, wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt, gleich ob «islamistisch» oder «säkular». Ähnliches gilt für die Regime in Syrien, Jordanien oder Algerien. Der vermeintliche Gegensatz zwischen (gutem) Säkularismus und (schlechtem) Islamismus wird somit durch die Realität nicht bestätigt.

Islamische Demokratie

Für viele GegnerInnen des politischen Islam, auch für diejenigen innerhalb der arabischen Welt, gibt es keine «moderaten Islamisten», also solche, die mit demokratischen Mitteln eine pluralistische Gesellschaft anstreben. Sie verdächtigen all diese Parteien und Bewegungen des verdeckten Kampfes für einen Gottesstaat oder ein Kalifat. Im Prinzip können die betreffenden Akteure sagen und tun, was sie wollen, ihnen wird immer wieder eine geheime Agenda unterstellt. So gilt in Bezug auf die En-Nahda in Tunesien ein heimlich gefilmtes Gespräch zwischen deren Präsidenten Rachid al-Ghannouchi mit Salafisten als «Beweis» für diese Anschuldigung.¹¹ Hier werde deutlich, dass Ghannouchis öffentliche positive Bezüge zu Demokratie und Menschenrechten sei-

ne wahren Absichten verschleierte. Im Video vom März 2012 bittet Ghannouchi seine salafistischen Gesprächspartner um Geduld und um ein schrittweises Vorgehen im Machtkampf mit den Säkularisten. Für die KritikerInnen ist dabei unwesentlich, wann die Äußerungen gemacht wurden und in welchem Zusammenhang.

Sie könnten aber auch in die politische Entwicklung eingeordnet werden. So befand sich En-Nahda im März 2012 noch im internen Ausnahmezustand. Nach Jahren im Untergrund und im Exil durften sich die AnhängerInnen der Bewegung – wie die meisten anderen politischen Akteure des Landes auch – erst ab Januar 2011 frei betätigen. Bei den Wahlen 2011 wurden sie dann aus dem Stand stärkste politische Partei. Die internen Richtungsdiskussionen und die entfesselten Zentrifugalkräfte waren sicherlich gewaltig und sind es teilweise bis heute. Anschuldigungen wie die obige lassen jedoch nicht zu, Zwischentöne zu hören, verschiedene Ansätze und Fraktionen innerhalb einer politischen Organisation zu unterscheiden oder Entwicklungen von Positionen wahrzunehmen. Ghannouchi und seine Partei positionierten sich nach anfänglichem Lavieren spätestens seit Oktober 2012 strikt gegen gewaltbereite salafistische Organisationen. Militär und Polizei wurden angeordnet, gegen terroristische Gruppen vorzugehen. Sicherlich hofften En-Nahda-Funktionäre zu Beginn ihrer Regierungszeit ab Oktober 2011 auf die Unterstützung auch extremer Parteien. Das hat jedoch mit einem sich bei En-Nahda erst in der Praxis zu entwickelndem Verständnis von Demokratie und Pluralismus zu tun beziehungsweise mit dem Versuch, Repression, wie sie die Bewegung zu Diktaturzeiten selbst erfahren musste, in der Regierungsverantwortung zu vermeiden. Ein ebenfalls häufig vorgebrachtes Argument gegen En-Nahda ist deren anfängliches Bemühen, eine islamische Rechtsordnung (Scharia) in die Verfassung aufzunehmen.¹² Aber nicht alle, die ei-

ne solche Forderung gutheißen, tun dies aus rückwärtsgewandten oder extremistischen Beweggründen. Für Islamisten, die zuvor der Willkür eines repressiven (säkularen) Staates ausgesetzt waren, ist die Scharia vielmehr Garant für Rechtssicherheit.

«Die Außenwelt sieht die Veränderung als eine in Richtung Islamismus», beurteilt Robin Wright die Entwicklung seit Beginn des Arabischen Frühlings. «Aber viele in der Region selbst sagen eher, dass die Islamisten in Richtung Demokratie gezogen werden.»¹³ Rachid al-Ghannouchi jedenfalls ist in der arabischen Welt nicht als Freund extremistischer politischer Strömungen bekannt, ganz im Gegenteil. Hier gilt er bereits seit der Veröffentlichung seines Werks «Die allgemeinen Freiheiten im islamischen Staat» als moderater Vordenker.¹⁴ «Die 1981 offiziell gegründete tunesische Bewegung [...] von [Ghannouchi] konnte von sich behaupten, als erste islamische Gruppe auf die neuen ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen mit einer weitgehenden Revision der klassischen islamischen ideologischen Doktrinen reagiert zu haben. [...]» Zu seinen Ansätzen gehört die «Ablehnung der Polygamie, die islamische Begründung der bürgerlichen Gewaltenteilung, die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols». Dem öffentlichen islamischen Recht soll «nur noch ein Richtliniencharakter zugewiesen» werden.¹⁵

Nicht nur in der westlichen Rezeption wird die moderate Haltung von Ghannouchis Partei, der En-Nahda, allerdings oft entweder als kurzlebige Ausnahme oder als Fassade gesehen. Seine Bemühungen seit den 1980er Jahren, den politischen Islam mit Demokratie- und Pluralismuskonzepten in Einklang zu bringen, sind vor allem in der nicht islamischen Welt oft gar nicht bekannt. Vor deren Hintergrund ist es aber eher die Phase der Neuausrichtung von En-Nahda zwischen dem Januar 2011 und dem Oktober 2012 – geprägt von dem Versuch, radikalere Strömungen ein-

zubinden beziehungsweise den Konflikt mit ihnen zu vermeiden –, die in der Entwicklung der En-Nahda die Ausnahme darstellt. Das heißt, die Bemühungen der Bewegung um den Aufbau eines modernen, auf Pluralismus beruhenden Gesellschaftsmodells müssen Beachtung finden. Sie prägt mit diesem Denken nicht nur Tunesien. Ghannouchi steht seit Juli 2013 dem Politbüro der Muslimbrüder vor, und hat somit das zweithöchste Amt in der internationalen und sehr heterogenen Organisation inne. Für seine Sichtweisen von Gerechtigkeit, dem Schutz der Rechte von religiösen Minderheiten und der Notwendigkeit, Probleme in der islamischen Welt friedlich zu lösen, warb er zuletzt wieder Ende Juli 2014 auf der 4. Konferenz der Internationalen Union muslimischer Gelehrter in Istanbul.

Gemeinsamkeiten: soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist das Thema, das (wenn auch unterschiedlich interpretiert) am stärksten mit der politischen Linken verbunden wird. Das ist in der Theorie auch in der arabischen Welt so. Der Staat zog sich hier aus dem Sozialbereich teils stark zurück und hinterließ ein Vakuum, das jedoch nicht von linken, sondern von muslimischen Wohlfahrtsorganisationen gefüllt wurde. Zwar sind politische Konzepte, die sich gegen neoliberale Entwicklung stellen, eher bei Linken zu finden, die hier eine stärkere Rolle des Staates fordern. Praktische Hilfe für die Verlierer dieser Entwicklung ist aber eher von islamisch inspirierten Organisationen zu erwarten. Dieser Ansatz – Wohlfahrtspolitik ist Sozialpolitik – ist auch heute oft noch die Antwort islamistischer Parteien auf die wirtschaftlichen und sozialen Krisen, obwohl sich ihre politischen Spielräume erweitert haben.

Trotz der unterschiedlichen Ansätze: Für beide, Islamisten wie Linke, sind die finanziell ärmeren Teile der Bevölkerungen wichtige Bezugspunkte. Das Thema soziale Gerechtigkeit

birgt aufgrund dieses Interesses das größte Potenzial für gemeinsame Aktionen, auch wenn von tatsächlicher «Gemeinsamkeit» heute noch nicht viele etwas wissen wollen. Das kann sich ändern. Bereits in der kurzen, von relativer politischer Freiheit gekennzeichneten Phase zwischen Januar 2011 und Juli 2013 suchte die Partei «Starkes Ägypten» Kooperationen auf der Basis der Revolutionsziele «Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit». Die Partei wurde von Abdelmoneim Abulfutuh gegründet, bis 2011 Führungsmitglied der ägyptischen Muslimbruderschaft. Seine Partei genießt auch heute noch zumindest den Respekt vieler jüngerer Linker. Ein Führungsmitglied bedauerte in einem Gespräch mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass sie vielfach als «islamistische Partei» gesehen würden, und verortete den politischen Konflikt in Ägypten nicht zwischen «säkular» und «religiös», sondern zwischen «Revolution» und «Konterrevolution». Der wirtschaftspolitische Standpunkt der Partei «Starkes Ägypten» könnte als mitte-links bezeichnet werden und beinhaltet Forderungen nach der Umverteilung von Reichtum, progressiver Besteuerung sowie einer stärkeren staatlichen Rolle und parlamentarischer Kontrolle.¹⁶

Die Forderungen von Teilen der ägyptischen Muslimbruder-Jugend gegenüber der Führung ihrer Mutterorganisation nach Modernisierung, Demokratie und Ausrichtung auf die Prinzipien des Arabischen Frühlings sind somit nur ein Anzeichen, die auf mögliche Koalitionen zwischen «linken» und «islamistischen» Bewegungen hindeuten. Die Beteiligung von Mitgliedern der Muslimbruder-Jugend am ägyptischen Wahlbündnis «Die Revolution

geht weiter» vom Herbst 2011 unter der Führung der linken Partei «Sozialistische Volksallianz» war bereits Ausdruck dieser möglichen Zusammenarbeit mit dem Kernthema soziale Gerechtigkeit.

Dabei braucht eher die gesellschaftliche Linke einen Koalitionspartner zur Erreichung sozialer Gerechtigkeit als die islamistische Bewegung selbst. Die Linke hat sich in den letzten Jahrzehnten in den meisten arabischen Ländern ins Abseits gestellt. Nicht nur in der arabischen Welt vermögen es religiöse Kräfte heute «viel besser, die Menschen in allen möglichen Lebensphasen zu begleiten, sowohl in ihrem Arbeitsalltag als auch in Phasen der Arbeitslosigkeit oder wenn sie familiäre Probleme haben».¹⁷ Das Zitat bezieht sich zwar auf eine hindu-nationalistische Bewegung in Indien, trifft jedoch auch auf vorwiegend muslimische Kontexte zu.

Insgesamt einigt die zersplitterte arabische Linke lediglich ihre geringe, wenn auch nach Ländern unterschiedliche Präsenz auf der Straße und in der Öffentlichkeit. Sie steht nicht länger für praktische Politik, sondern oft eher für idealistische Parolen. Häufig wirft man ihr vor, dass die von ihr postulierten Werte – wie etwa Geschlechtergleichheit – selbst von den eigenen AktivistInnen nicht ausreichend ernst genommen werden. Der Unterschied zu konservativen gesellschaftlichen Kräften liegt also tendenziell nur in der «revolutionären Theorie», auf deren Grundlage die meisten auswärtigen BeobachterInnen offenbar ihre oftmals fragwürdigen Einschätzungen treffen. Dabei ist «links» etwa so interpretationsbedürftig wie «islamistisch» und hat nicht notwendigerweise immer etwas mit

Zwar sind politische Konzepte, die sich gegen neoliberale Entwicklung stellen, eher bei Linken zu finden, die hier eine stärkere Rolle des Staates fordern. Praktische Hilfe für die Verlierer dieser Entwicklung ist aber eher von islamisch inspirierten Organisationen zu erwarten.

«fortschrittlich» zu tun. Es kommt eben immer auf den Kontext an.

Respekt

«Die wichtigste Lektion, die aus der gescheiterten europäischen «Zivilisierungsmission» zu lernen ist, lautet, dass Demokratie, soll sie ein gangbarer und dauerhafter Weg sein, nicht von außen importiert werden darf. Sie muss vielmehr im Innern wachsen, auf dem Boden einer vertrauten Mentalität.»¹⁸

Die europäische Politik, die linke eingeschlossen, sollte den aktiven Austausch und die Kooperation mit denjenigen Kräften des politischen Islam anstreben, die sich auf Pluralismus und Demokratie beziehen, auch wenn diese anders interpretiert werden, als «wir» das gewohnt sind. Dieser Austausch wird nur funktionieren, wenn er auf beiderseitigem Respekt und tatsächlichem Interesse beruht.

Der Umgang mit Akteuren des politischen Islam ist in der westlichen politischen Hemisphäre weiterhin zumeist von Überlegenheitsgefühlen, Arroganz sowie Angst oder zumindest Unsicherheit geprägt. Im Namen der Terrorismusbekämpfung werden ganze Bevölkerungsteile ausgegrenzt. Dabei wird kurzfristigen politischen Vorteilen oft der Vorzug vor nachhaltigen Überlegungen eingeräumt. Eine pauschale Ablehnung des politischen Islam schwächt jedoch diejenigen islamistischen Kräfte, die sich für Demokratie einsetzen. Es gibt keine Demokratisierung per Flugzeugträger und Drohnen, vor allem nicht, wenn darüber hinaus kaum andere ernsthafte friedliche Mittel zum Einsatz kommen und die mit moralischer Überheblichkeit proklamierten Werte über die Zusammenarbeit mit repressiven Regimen immer wieder unterminiert werden. Ebenso unfruchtbar sind Forderungen nach Demokratisierung, die diejenigen politischen Bewegungen, die in der Bevölkerung verankert sind, nicht einbinden.

Die meisten politischen Akteure in der arabischen Welt sind heute vor allem damit beschäftigt, eine eigene Position angesichts sich teils rasant verändernder Bedingungen, einer fluktuierenden Anhängerschaft, fragilen politischen Gegebenheiten und einer häufig miserablen sozioökonomischen Lage zu finden. Dafür brauchen sie Zeit und Spielraum. Bezugspunkte werden die eigene Geschichte und Kultur sein und damit auch das Verständnis von Religion und ihrer politischen Funktion. Diese Entwicklung geht einher mit sich verändernden Islam-Interpretationen, und dieser Prozess wird sicherlich nicht linear und reibungslos verlaufen. Wir können uns entscheiden, ob wir uns in diesem Prozess Feinde oder doch lieber Freunde machen wollen, ob wir Konfliktpartei sein oder ob wir die Überwindung von Konflikten aktiv unterstützen wollen. Und so sollten alle politischen Parteien und Bewegungen, nicht nur die islamistischen, wenn es um mehr Demokratie, gesellschaftliche Teilnahme am politischen Leben und soziale Gerechtigkeit geht, nicht an ihren Verlautbarungen gemessen werden, sondern an ihren Taten.

Generell gibt es viel Nachholbedarf an Auseinandersetzung. Dabei fehlt es vor allem an unvoreingenommenen Analysen über die arabische Welt und ihre politischen Bewegungen. Das zeigt allein das große Unverständnis im «Westen» über die Wahlerfolge islamistischer Parteien, aber auch die Attraktivität islamistischer Bewegungen insgesamt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sollte es als ihre Aufgabe begreifen, im Sinne der Völkerverständigung zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern den Dialog mit allen politischen Kräften zu suchen, die für soziale Gerechtigkeit, demokratische Meinungsbildung und gesellschaftlichen Pluralismus eintreten, einschließlich sich dazu bekennender Kräfte des politischen Islam.

1 Wentker, Sibylle: Historische Entwicklung des Islamismus, in: Feichtinger, Walter/Wentker, Sibylle: Islam, Islamismus und islamistischer Extremismus. Eine Einführung, Wien 2008, S. 49f. **2** Asseburg, Muriel (Hrsg.): Moderate Islamisten als Reformakteure. Rahmenbedingungen und programmatischer Wandel, Berlin 2007. **3** Lübben, Ivesa: Der Islam ist die Lösung? Moderate islamistische Parteien in der MENA-Region und Fragen ihrer politischen Integration, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006. **4** Goytisoló, Juan: Der Islam ist mehr als eine Waffe zur Mobilisierung der Massen, in: Frankfurter Rundschau, 11.7.1998, S. 9. **5** «Säkular» zu sein ist für eine politische Organisation in der arabischen Welt eine Beschreibung, die sie kontextabhängig einsetzt. Es sind oft Fremdzuschreibungen, gegen die sich diese Organisationen im Rahmen ihrer Beziehungen mit der westlichen Welt nicht wehren, die sie aber innenpolitisch zurückweisen. **6** Hanoune, Louisa: Terroristen fallen nicht vom Himmel, Zürich 1996, S. 276. **7** Wright, Robin: The Middle East. They Have Arrived, in: Wright, Robin (Hrsg.): The Islamists Are Coming, Washington D.C. 2012, S. 8. **8** Cakir, Murat: Antikapitalismus und Islam, 1.11.2013, unter: <http://murat-cakir.blogspot.com/2013/11/antikapitalismus-und-islam.html>. **9** Vergewaltigung wird auch als Waffe gegen männliche Oppositionelle eingesetzt. Vgl. hierzu «Egyptian police «using rape as a weapon» against dissident groups», in: The Guardian, 12.4.2014, unter: www.theguardian.com/world/2014/apr/12/egypt-police-rape-dissidents-crackdown-16000-arrested. **10** Vgl. www.youtube.com/watch?v=mnFVYewkWEY&bpctr=1398252107. **11** Vgl. www.youtube.com/watch?v=6yJ16k1WK20. **12** En-Nahda hat auf

diese Forderung zuletzt verzichtet, da ansonsten kein Kompromiss möglich gewesen wäre. Es findet sich aber auch das Argument, dass En-Nahda bereits sehr früh zum Einlenken bereit war und sich die Verfassungskonvention wegen eines anderen Streitpunkts in die Länge zog, nämlich der Wahl des politischen Systems. En-Nahda trat für eine parlamentarische Demokratie ein, ein Gutteil ihrer Gegner befürwortete das präsidentielle Modell. Das Ergebnis ist eine Mischung aus beiden. Vgl. Marks, Monica L.: Convince, coerce, or compromise. Ennahda's approach to Tunisia's constitution, Brookings Institution, Washington D.C. 2014. **13** Wright: The Middle East, S. 7. **14** Ghannouchi's Werk wurde 1993 vom Studienzentrum für arabische Einheit der Arabischen Liga herausgegeben, das sich normalerweise auf die Literatur säkularer AutorInnen konzentriert. Vgl. Meier, Andreas: Der politische Auftrag des Islam, Wuppertal 1994, S. 486. Ghannouchi entwickelte seine Ideen jedoch bereits seit Anfang der 1980er Jahre. Vgl. Hamdi, Mohammed Elihachmi: The Politicisation of Islam. A Case Study of Tunisia, Boulder/Colorado 1998, S. 102f. **15** Schulze, Reinhard: Die arabische Welt in der jüngsten Gegenwart. 1986–1993, in: Haarmann, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der arabischen Welt, München 1994, S. 595. **16** Aus einem Gespräch der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Führungsmitglied der Partei «Starkes Ägypten» vom März 2014. **17** Eckert, Julia: «Sie versprechen eine saubere Stadt.» Ein Gespräch über die hindu-nationalistische Shiv Sena in Mumbai, in: metroZones (Hrsg.): Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt, Berlin/Hamburg 2011, S. 160. **18** Aslan, Reza: Kein Gott außer Gott, München 2008, S. 276f.

Werner Ruf

RESPEKT JA - ABER KEINE PARTNER DER POLITISCHE ISLAM: WAS IST DAS?

Der sogenannte politische Islam kann zurückgeführt werden auf Ibn Taimiya (1263–1328), der sich in der Zeit der Mongoleninvasion gegen Neuerungen wandte und in der Rückkehr zu den Quellen die Grundlage für neue Größe und Macht sah. Durchaus unter Rückgriff auf ihn speist sich der heutige politische Islam im Wesentlichen aus zwei Quellen: Da ist zum einen der wahabitische Islam, der bis heute Staatsreligion in Saudi-Arabien ist. Benannt ist er nach seinem der hanbalitischen Rechtschule nahestehenden Gründer Muhamed Ibn Abdel Wahab (1703–1792), der nur den Koran und die Sunna (überlieferte Taten und Aussprüche des Propheten) als religiöse Quellen gelten ließ.¹ Der Salafismus (*salaf*: die Altvorderen) hat seine Wurzeln in dieser Tradition. Die zweite Quelle ist eine in der Literatur meist als Reform-Islam bezeichnete Bewegung, die auf Jamal ed-Din al-Afghani (1838–1897) zurückgeht. Auch diese Bewegung forderte die Rückkehr zu den Quellen des Glaubens, um die islamische Welt aus der Abhängigkeit des Westens zu befreien. Aus dieser Tradition ging die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft hervor. Die Forderung nach der Rückkehr zu den Quellen und der Ausrichtung der Gesellschaft nach den Buchstaben von Koran und Sunna ist im Wortsinne fundamentalistisch und stellt gewissermaßen das Gegenstück zu den evangelikalen Fundamentalisten dar, die seit der Wende zum 20. Jahrhundert in den USA für das Christentum ähnliche Ziele propagieren.

Der Salafismus ist heute zentrales Thema der Medien, wobei hier nur die aggressive djihadistische Variante in den Vordergrund gestellt wird. Die Bewegung selbst ist jedoch sehr viel facettenreicher und reicht von quietistischen Gruppen, die politische Aktionen ab-

lehnen, bis eben zu jenen Strömungen, die auch mit gewaltförmigen Mitteln einen nach strengen religiösen Prinzipien organisierten Staat schaffen wollen und alle anderen Muslime, die diesen Zielen (politisch wie theologisch) widersprechen, als *kuffar* (Ungläubige) bezeichnen. Als Speerspitze dieser Richtung verstehen sich die djihadistischen und teils mit terroristischen Mitteln agierenden Salafiten.² Dass diese Richtung gerade unter perspektivlosen Jugendlichen in den Vororten der Großstädte sowohl der arabischen Welt wie auch in Europa eine gewisse Attraktivität zu entwickeln vermag, dürfte kaum verwunderlich sein, gibt sie doch moralischen Halt und vermittelt Sendungsbewusstsein und Gruppenidentität.³

Die fundamentalistischen, auf die Wiederherstellung arabisch-islamischer Hegemonie gerichteten politischen Forderungen übersehen allerdings, dass die Blüte der arabisch-islamischen Zivilisation nicht in der Zeit des Propheten, sondern drei Jahrhunderte später in Andalusien und im Zwei-Strom-Land stattfand, als die Wissenschaften – Mathematik, Medizin, Astronomie und vor allem Philosophie – bahnbrechende Leistungen vollbrachten. Dies erfolgte in einem Klima außerordentlicher Freiheit und Toleranz im intensiven Dialog mit dem Judentum und dem Christentum. Demgegenüber zeichnet sich der zeitgenössische politische Islam durch den von einem scheinbar unerschütterlichen Glauben getragenen einfachen Slogan aus «al-islam hua al-hal – der Islam ist die Lösung». Für diese Richtung beinhalten die in den Quellen vorgegebenen Regeln die (religionskonforme und gerechte, weil gottgewollte) Lösung für alle Fragen der persönlichen Lebensführung, der Gesellschaft und der politischen Ordnung.⁴

Seit mehr als einhundert Jahren also stellt der so verstandene Islam eine politische Kraft dar, die vor allem in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von den – säkularen – diktatorischen Regimen in der arabischen Welt meist bekämpft, bisweilen auch toleriert und gefördert wurde, wenn es darum ging, linke Gruppierungen vor allem an den Universitäten zu bekämpfen. Es war schließlich das (historisch falsche) unheilvolle Paradigma des Samuel Huntington, das – pünktlich nach dem Ende des Kalten Krieges – den «Kampf der Kulturen» als neues Erklärungsmodell für die Konflikte des 21. Jahrhunderts anbot, das von der Bush-Administration begierig aufgegriffen und zum Grundmuster des «Kriegs gegen den

schen Hauptstädten sowie der israelisch-palästinensische Konflikt – verhalf diesen zu einer Märtyrergloriole und einer Legitimität, die sich nach der Arabellion, zu der die Islamisten nichts beigetragen hatten, in den freien Wahlen in Tunesien und Ägypten, aber auch in Libyen zu ihren Gunsten niederschlugen: Bei den Wahlen in Tunesien am 23. Oktober 2011 erhielt die islamistische Partei En-Nahda (die Wiedergeburt) 89 der 217 Parlamentssitze. Bei den Parlamentswahlen in Ägypten (28. November 2011–11. Januar 2012) erhielten die Muslimbrüder (Partei der Freiheit und Gerechtigkeit), zu der der spätere Präsident Mursi gehörte, 37,5 Prozent der Stimmen, zweitstärkste Kraft wurde die salafistische

Die Forderung nach der Rückkehr zu den Quellen von Koran und Sunna ist im Wortsinne fundamentalistisch und stellt gewissermaßen das Gegenstück zu den evangelikalischen Fundamentalisten dar, die in den USA für das Christentum ähnliche Ziele propagieren.

Terror» gemacht wurde.⁵ In der Dialektik des «Wir und die Anderen» geriet der Islam zu einem Feindbild, das in der globalisierten Welt den Bogen von der internationalen Politik bis in die Stadtviertel zu schließen vermag. Ihren jüngsten Niederschlag findet diese Debatte in der Auseinandersetzung um salafistische Aktivitäten (auch) in deutschen Städten und um die Ausreise djihadistischer KämpferInnen in den Krieg nach Syrien, wobei die Diskriminierung von Muslimen hierzulande durchaus ein die Radikalisierung fördernder Faktor sein dürfte.⁶ Die brutale Repression gegen die Islamisten – das Massaker, das der syrische Staatspräsident Hafez al Asad 1982 in der syrischen Stadt Hama anrichtete, der Bürgerkrieg in Algerien nach dem Militärputsch von 1992, dem über 200.000 Menschen zum Opfer fielen, die Verfolgung und systematische Folterung von Islamisten jedweder Couleur in den Gefängnissen all jener Statthalter des Westens in den arabi-

An-Nur-Partei (das Licht) mit 27,8 Prozent. In den folgenden Präsidentschaftswahlen vom 24. Mai 2012 siegte Mohamed Mursi, Kandidat der Muslimbrüder.

Schon während der unmittelbar auf die Umstürze folgenden Phase wurde deutlich, dass die politischen Entwicklungen in Ägypten und Tunesien keineswegs nur von den inneren Kräften bestimmt wurden: Die finanzstarken Golfstaaten mischten sich massiv ein und versuchten, mit großzügiger Unterstützung, vor allem auch durch die Gründung von Kindergärten und Koranschulen mit strenger Geschlechtertrennung, wie durch die Platzierung von Imamen in den Moscheen, die bis zu den Revolten strenger staatlicher Kontrolle unterlagen, ihrerseits Einfluss zu nehmen. Hinzu kommt, beginnend 2011, die in großem Stil betriebene Anwerbung von Kämpfern für den Krieg in Syrien.⁷ Dabei misstraut Saudi-Arabien den Muslimbrüdern wegen deren Forde-

rungen nach sozialer Gerechtigkeit und fördert systematisch die Salafisten, während Katar vor allem mittels der auf dem arabischen Kanal des Senders Al Jazeera ausgestrahlten Freitagspredigten des Predigers Yusef al Qarada-

gemonie zielenden Außenpolitik. Der ägyptische Putsch verjagte im Sommer 2013 die Muslimbrüder von der Macht, dabei wurden über 1.000 Menschen getötet, viele Tausende inhaftiert. Der Schock trug dazu bei, dass die

tunesische En-Nahda auf die Regierungsgewalt verzichtete und diese an eine gemeinsam vom Arbeitgeberverband, der mächtigen Gewerkschaft Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT), der tunesischen Menschenrechtsorganisation und der Anwaltsver-

einigung geforderte technokratische Übergangsregierung übertrug.

Was heute unter dem Begriff politischer Islam gefasst wird, hat also eine lange Tradition, sehr unterschiedliche Wurzeln, verschiedene Ausrichtungen und wird zumindest in Teilen von den reichen Golfstaaten alimentiert und politisch instrumentalisiert. Gemeinsamer Hauptnenner ist und bleibt allerdings die Ablehnung einer säkularen, auf die menschliche Ratio gestützten Ordnung, wie sie von der arabisch-islamischen Philosophie des Hochmittelalters propagiert worden war und in Teilen noch heute an der islamischen Zeituna-Universität in Tunis vertreten wird.¹⁰

Zivilgesellschaft vs. Machtansprüche des politischen Islam

Schlaglichtartig soll hier das reale politische Handeln der Islamisten während der Regierungszeit der den Muslimbrüdern nahestehenden Partei En-Nahda in Tunesien beleuchtet werden.¹¹ Diese hatte nach den Wahlen vom 23. Oktober 2011 gemeinsam mit zwei kleinen säkularen Parteien die Regierung gebildet und sämtliche Schlüsselressorts übernommen. Aufgrund des oben erwähnten Drucks der Zivilgesellschaft (und wahrscheinlich der Ereignisse in Ägypten) trat die von

Was heute unter dem Begriff politischer Islam gefasst wird, hat also eine lange Tradition, sehr unterschiedliche Wurzeln, verschiedene Ausrichtungen und wird zumindest in Teilen der reichen Golfstaaten alimentiert und politisch instrumentalisiert.

wi die Muslimbrüder unterstützt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten gipfelte jüngst in der Abberufung der Botschafter Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwaits aus Doha, weil der katarische Emir sich weigerte, die Sendung Qaradawis einzustellen. Auch der Militärputsch gegen Mursi illustriert diesen Konflikt: Binnen 36 Stunden stellten Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait Ägypten einen Kredit in Höhe von 12 Milliarden US-Dollar zur Verfügung – zuvor hatte Katar die Mursi-Regierung mit 7 Milliarden US-Dollar jährlich unterstützt.⁸ Die salafistische An-Nur-Partei Ägyptens verurteilte den Putsch gegen die an der Macht befindlichen Islamisten nicht. Auch in Syrien finanzieren beide Parteien unterschiedliche Milizen. Längst also ist der Kampf um die Macht in beiden Ländern nicht mehr eine innere Angelegenheit, sondern Teil eines Ringens um Hegemonie in der Region, nachdem die USA offensichtlich nicht mehr bereit oder in der Lage sind, allein und verbindlich die Regeln zu setzen.⁹ Während die Wahabiten Saudi-Arabiens die Salafisten (oder notfalls auch säkulare Militärdiktaturen gegen die Muslimbrüder) stützen, finanziert das Emirat Katar die Muslimbrüder und ihnen nahestehende Bewegungen wie Hamas oder En-Nahda. Religion ist für beide Instrument einer auf He-

En-Nahda geführte Regierung am 29. Januar 2014 zugunsten einer von Technokraten geführten Regierung unter Mehdi Jouma'a zurück. Am 27. Februar 2014 hat die Verfassungsgebende Versammlung eine Verfassung verabschiedet, die geradezu als Musterbeispiel für Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte gelten kann.¹²

Ökonomie und Soziales

Für viele war verblüffend, wie schnell sich der Westen – in Ägypten wie in Tunesien – auf die Islamisten als neue und verlässliche Partner einstellte. So erklärte der damalige deutsche Außenminister Westerwelle, Europa müsse sich daran gewöhnen, dass es «islamisch-demokratische Parteien gibt, wie es in Europa christdemokratische Parteien gibt».¹³ Fehlen durfte nicht der Hinweis, dass die EU und Deutschland umfangreiche Investitionen im Gegenzug für «Reformen» planten. Und in der Tat: Die En-Nahda-Regierung unterzeichnete eine Reihe von Gesetzen, die die letzten Barrieren für die Vollendung des «fortgeschrittenen Statuts» für Tunesien im Rahmen der EU-Mittelmeerunion beseitigen sollen. Selbst die Ben-Ali-Regierung hatte hier noch Verhandlungsbedarf gesehen. Damit fielen die letzten Beschränkungen für die Herstellung einer vollendeten Freihandelszone. Diese ist aber keineswegs so «frei», wie die Prediger des Neoliberalismus behaupten: Der Wegfall der Zölle öffnet der hoch subventionierten europäischen Landwirtschaft neue Märkte, auf denen die einheimische Landwirtschaft oft nicht mehr konkurrieren kann. Umgekehrt wird der freie Zugang zum europäischen Markt für tunesische Produkte (Olivenöl, Zitrusfrüchte) noch immer reglementiert. Im Bereich der Investitionen genießen europäische Firmen oft Steuerfreiheit, zuweilen auf bis zu 20 Jahre, und freien Gewinntransfer. Auch dies benachteiligt tunesische Unternehmen, die nicht in den Genuss solcher Vergünstigungen kom-

men. Kurzum: En-Nahda beugt sich voll den ausländischen Wirtschaftsinteressen und befördert noch den neoliberalen Ausverkauf der tunesischen Ökonomie.

Alle islamistischen Parteien, die auf der Programmatik der Muslimbrüder aufbauen, betonen immer als politisches Ziel die soziale Gerechtigkeit und führen diesen Begriff meist auch in ihren Parteinamen. Die Frage bleibt, wie diese zu erreichen ist. Auch hier erfolgt der Rückgriff auf die Religion: Auf einer Tagung in Marburg im Juni 2012,¹⁴ die VertreterInnen der islamistischen Parteien aus der ganzen Region versammelte, erklärte Amer Laareyedh, Leiter des Politbüros von En-Nahda und zuständig für deren Außenbeziehungen (und Bruder des damaligen Innenministers und späteren Ministerpräsidenten), der Islam stelle hierfür alle notwendigen Instrumente bereit: die *zaqqat* und die *awqaf*. Die *zaqqat* verpflichtet die Wohlhabenden, den Armen Almosen zu geben. Sie könnte in der Tat als eine Art Einkommenssteuer gesetzlich geregelt werden. Die *awqaf* sind religiöse Stiftungen, deren Gelder den Armen und Behinderten zukommen sollen.

Hinter diesen Konzepten stehen vorkapitalistische Vorstellungen vom Funktionieren einer im Wesentlichen auf Handel basierenden Ökonomie, in der die Erfolgreichen in der Pflicht sind, den Armen Brosamen vom Tisch der Reichen zu geben. Dass Armut systemisch produziert wird, kommt nicht in den Blick. Genau hier dürfte der Grund liegen, weshalb AnhängerInnen des politischen Islam kein Problem haben, sich mit den freihändlerischen Programmen des Neoliberalismus anzufreunden – und ihre Schirmherren am Golf gehören zu den größten Akteuren an den internationalen Finanzmärkten. Konzepte für die Lösung der aus der historisch gewachsenen ökonomischen Abhängigkeit resultierenden Probleme der Volkswirtschaften des Südens sind daher von den VertreterInnen des politischen Islam nicht zu erwarten.

Kultur und Wissenschaft, Gewerkschaften und soziale Bewegungen

Ein erster massiver Konflikt entzündete sich bald nach der Regierungsbildung durch En-Nahda (2011) an der Philologischen Fakultät von Tunis-La Manouba, wo Salafisten mit zum Teil gewaltförmigen Mitteln die Forderung nach der Zulassung von Studentinnen in Ganzkörperverschleierung und die Trennung der Lehrveranstaltungen nach Geschlecht (für Studierende und den Lehrkörper) forderten, was die Lehrenden geschlossen ablehnten. Trotz Tötlichkeiten und Gewalt griff die anwesende Polizei mehr als einen Monat lang nicht ein, da sie keinen Einsatzbefehl erhielt.¹⁵ Der Druck der Islamisten auf die Hochschulen beschränkte sich durchaus nicht nur auf La Manouba, sondern betraf das Hochschulwesen des Landes generell. Ziel der Salafisten unter der Führung von Abou Iyad, dem Führer der inzwischen als terroristisch eingestuften und verbotenen Bewegung Ansar esch-Shari'a,¹⁶ war es, die führenden Positionen an den Hochschulen des Landes baldigst mit Gefolgsleuten zu besetzen, um das säkulare Bildungswesen im Sinne einer islamischen Ordnung mit entsprechenden Formen und Inhalten umzugestalten.

- Neben dem offiziellen Sicherheitsapparat baute En-Nahda eine eigene Miliz auf, die sogenannten Ligen zum Schutz der Revolution, die sich als Schlägertrupps gegen alles «Unislamische» betätigten: KünstlerInnen wurden belästigt und zusammengeschlagen, Theater- und Musikveranstaltungen wurden gesprengt, sie übernahmen den Saalschutz und den Schutz von Demonstrationen der Partei.
- Angesichts der durch den Sturz Ben Alis gewonnenen neuen Freiheiten zeigte im Mai 2011 ein Fernsehsender den Film Persepolis, in dem Abbildungen von Gott zu sehen sind. Der Besitzer des Senders und zwei weitere Verantwortliche wurden zu Geldstrafen verurteilt wegen «Blasphemie» und

«Störung der öffentlichen Ordnung». Erstmals agierten die Salafisten massiv in der Öffentlichkeit und versuchten, die Wohnung des Besitzers des Senders in Brand zu setzen.

- Ein Museum im Küstenvorort La Marsa wurde in der Nacht vom 11. zum 12. Juni 2012 von Salafisten gestürmt, die ihnen anstößig erscheinende Bilder zerstörten. Dies löste massive Proteste säkularer Gruppen und regelrechte Straßenschlachten aus, bei denen über einhundert Personen verletzt wurden (darunter 65 Polizisten), mehr als 160 Personen wurden verhaftet.
- Konzerte und politische Veranstaltungen wurden gesprengt oder verhindert, wobei die Angreifer Messer und Dolche einsetzten.
- Die Ligen griffen GewerkschafterInnen an, setzten Gewerkschaftshäuser in Brand und versuchten, sie zu plündern.
- Im südtunesischen Tatahouine wurde am 18. Oktober 2012 ein Mitglied der bürgerlichen Partei Nida Tunis von den Ligen zum Schutz der Revolution so schwer zusammengeschlagen, dass er starb.

Wie schon bei den Zusammenstößen in La Manouba zeigte sich die Polizei bei allen diesen Ereignissen zurückhaltend bis passiv: Entweder kam sie zu spät oder sie griff nicht ein. Auch die Justiz zeigte sich zunehmend willfährig:

- BloggerInnen wurden wegen kritischer, zum Teil karikaturistischer Darstellungen zu teilweise schweren Gefängnisstrafen verurteilt.
- Im März 2012 wurden zwei Männer wegen «Beleidigung des Geheiligten» zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt: Sie hatten Bilder online gestellt, die den Propheten beim Sex mit einer seiner Frauen zeigten.

Die Regierung selbst ging immer brutaler gegen Proteste vor, die sich gegen die sich verschlechternde soziale Lage im Lande richteten. Gegen DemonstrantInnen in der westtunesischen Stadt Siliana setzte das Innenministerium am 26. November 2012

Schrotmunition ein. Über 200 DemonstrantInnen wurden zum Teil schwer verletzt, viele verloren ein Auge, manche beide Augen. Innenminister war damals Ali Laareydh.

Schließlich wurden am 6. Februar 2013 der linke Politiker Chokri Belaid und am 25. Juli 2013, am Jahrestag des Inkrafttretens der republikanischen Verfassung von 1959, der Oppositionspolitiker und Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung, Mohamed Brahmi, beim Verlassen ihres Hauses mit derselben Waffe erschossen. Der Innenminister musste schließlich eingestehen, dass sein Ministerium zehn Tage vor der Ermordung Brahmis vom örtlichen Residenten der CIA über die Vorbereitungen auf den Mord informiert worden war, dass seine Behörde dem Hinweis aber nicht nachgegangen sei. Für den Tag der Beerdigung von Belaid hatte die UGTT im ganzen Land zu einem Generalstreik aufgerufen. Beide Morde, die linke Politiker zum Ziel hatten, sind bis heute nicht aufgeklärt.

Während der Erarbeitung der im Januar 2014 mit 200 Ja-Stimmen (also auch fast der Gesamtheit der Abgeordneten der En-Nahda) angenommenen Verfassung, bei zwölf Gegenstimmen und vier Enthaltungen, hatte die islamistische Partei immer wieder versucht, drei zentrale politische Ziele durchzusetzen:

1. Die Aufhebung der in der Verfassung von 1959 garantierten (mit Ausnahme des Erbrechts) absoluten Gleichberechtigung der Frau. Stattdessen sollte von Frauen als «Ergänzung des Mannes» die Rede sein.

2. Einen Artikel zum «Schutz des Geheiligten». Dies wäre ein Gummiparagraf gewesen, auf dessen Basis jede auch nur in Ansätzen religionskritische Äußerung, wie vielleicht auch die Kritik an den Amtswaltern der Religion, hätte verfolgt werden können.

3. Die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols: Neben Armee und Polizei sollten weitere (private) Gewaltakteure entstehen – ein klares Votum für die Institutionalisierung der Ligen zum Schutz der Religion.

Alle diese Vorstöße konnten jedoch verhindert werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die Islamisten an der Macht versuchten, sowohl in der Regierung als auch in der Verfassunggebenden Versammlung das (seit der Unabhängigkeit 1956 säkulare) politische System Tunesiens in Richtung eines islamischen Staates und einer entsprechend organisierten Gesellschaft umzubauen. Der Prozess in Ägypten verlief weitgehend ähnlich. Dies belegen die unter überwältigender islamistischer Mehrheit ausgearbeitete Verfassung wie auch die Politik Mursis im Bereich der inneren Sicherheit und der Ökonomie – womit hier der Militärputsch Al-Sisis weder gerechtfertigt werden soll noch kann, ist er doch nichts anderes als die Wiederherstellung des alten Regimes.

Insbesondere versuchten die tunesischen Islamisten durch die Einstellung von etwa 6.000 Beschäftigten, vor allem im Sicherheitssektor, und durch die Ernennung neuer Provinzgouverneure (ähnlich in Ägypten), den Staatsapparat in ihre Hände zu bekommen. Wie alle islamistischen Parteien vertritt En-Nahda ein breites Spektrum. Darunter mögen auch relativ demokratische Kräfte und Personen sein. Während ihrer Regierungszeit zeigten jedoch die Taten der Partei, dass ihr Gesellschaftsmodell das Gegenteil eines demokratischen, rechtsstaatlichen und gewaltenteiligen Systems ist. Tatsache ist auch, dass militante Salafisten teils in der Partei vertreten sind, teils durch Gründung einer eigenen Partei sich als Konkurrenz und Druckmittel gegenüber En-Nahda aufzubauen versuchen, und dass terroristische Gewaltakte während der Regierungszeit von En-Nahda zumindest toleriert wurden. Die terroristischen Banden, die sich im gebirgigen algerisch-tunesischen Grenzgebiet einnisten konnten, begannen mit ihren Operationen bald nach der Regierungsbildung durch En-Nahda. Der gegenüber westlichen Gesprächspartnern sich gern als Demokrat

präsentierende Parteiführer Rachid al-Ghanouchi erklärte nach dem Angriff der Salafisten auf die US-Botschaft am 14. September 2012, die Salafisten seien «unsere Kinder», denen man mit Güte begegnen müsse.

Selbstverständnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung und «Dialog mit dem politischen Islam»

Die Stiftung muss sich an ihren Zielen orientieren, die da sind:

- «[Sie] ist ein Zentrum programmatischer Diskussion über einen zeitgemäßen demokratischen Sozialismus, ein sozialistischer Think-Tank politiknaher Alternativen;
- ist in der Bundesrepublik Deutschland und international ein Forum für einen Dialog zwischen linkssozialistischen Kräften, sozialen Bewegungen und Organisationen, linken Intellektuellen und Nichtregierungsorganisationen;
- gibt Impulse für selbstbestimmte gesellschaftliche politische Aktivität und unterstützt das Engagement für Frieden und Völkerverständigung, für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander.»

Vor diesem Hintergrund können die unter dem Etikett «politischer Islam» agierenden Parteien und Bewegungen keine Partner einer für Demokratie, gesellschaftlichen Fortschritt und sozialistische Umgestaltung eintretenden politischen Stiftung sein, können sie doch keinesfalls zu den fortschrittlichen, «linkssozialistischen Kräften» gezählt werden. Ihre Angriffe auf fortschrittliche Organisationen der Zivilgesellschaft, ihr Kampf gegen Frauenrechte, ihr Kampf gegen die Gewerkschaften sind hierfür ausreichende Belege. Gewaltenteilung, Menschen- und vor allem Frauenrechte sind zivilisatorische Errungenschaften, die nicht einem Kulturrela-

tivismus geopfert werden können. Der Ersatz einer aktiven Sozialpolitik durch auf dem Prinzip der Misericordia basierende Almosen wie auch die ökonomischen Vorstellungen der Islamisten reihen sich konsequent in das globale Agieren des Neoliberalismus ein. Ihre politische Praxis, die bis zum Mord (oder zumindest dessen Tolerierung) gerade an prominenten Linken reicht, kann sie nicht zum Partner einer linken, demokratischen und fortschrittlichen Politik machen.

Schließlich wirft all dies die Frage auf, was denn durch einen solchen Dialog erreicht werden soll. Vor allem in einer Gesellschaft wie der tunesischen, die gekennzeichnet ist durch das Vorhandensein einer Vielzahl von fortschrittlichen und demokratischen Vereinigungen (neben den Gewerkschaften Menschenrechts-, Anwälte- und Richtervereinigungen, Frauenorganisationen, RAID/Attac, arbeitslose AkademikerInnen etc.), mit denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung ebenfalls kooperiert, kann ein «Dialog» mit jenen, die deren Ziele massiv bekämpfen, nur Unverständnis, ja Misstrauen hervorrufen und damit fortschrittliche Arbeit im Grundsatz unglaubwürdig machen. Gerade für eine linke

Gewaltenteilung, Menschen- und vor allem Frauenrechte sind zivilisatorische Errungenschaften, die nicht einem Kulturrelativismus geopfert werden können.

Stiftung läuft die hier zu entscheidende Frage schlicht darauf hinaus, wie sie sich positioniert. Die Grundfrage ist nach der obigen Bilanz, ob von Menschen erkämpfte (und weiterhin zu erkämpfende und zu festigende) Errungenschaften wie Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit neben einer von Gott gewollten (wenn auch gleichfalls von Menschen interpretierten!) Ordnung Platz haben können.

1 Enzyklopädie des Islam, Stichwort Wahabismus. Vgl. www.eslam.de/begriffe/w/wahabismus.htm. Hartmann: Geschichte der Arabischen Welt, München 2001, S. 375 f. 2 Said, Behnam T./Fouad, Hazim (Hrsg.): Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Freiburg 2014. 3 Für Deutschland hat der Verfassungsschutz ermittelt, dass nur 26 Prozent der in den Nahen Osten zum «Djihad» Ausgereisten einen Schulabschluss haben, nur 12 Prozent eine Beschäftigung. Ein Drittel der «Djihad-Touristen» haben Vorstrafen. Vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2014-09/deutsche-islamisten-syrien-verfassungsschutz. 4 Schirmmacher, Christine: Die Rolle des Islamismus in der Arabischen Revolution, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung/Preiss, Bert (Hrsg.): Zeitenwende im arabischen Raum, Wien 2012, S. 79–94. 5 Ruf, Werner: Der Islam – Schrecken des Abendlands. Wie der Westen sich sein Feindbild konstruiert, Köln 2012. 6 Interview mit der Integrationsdezernentin der Stadt Frankfurt/Main, Nargess Eskandar-Grünberg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.7.2014, S. 4. 7 Ruf, Werner: Internationaler Jihadismus: Neue militärische Entrepreneure?, in: Inamo 75/2013, S. 61–67. 8 Vgl. <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/76273/Egypt/Politics-/Morsis-fall-in-Egypt-comforts-Saudis,-disconcerts-.aspx>. 9 Ruf, Werner: Revolution und Konterrevolution in Nahost, in: Edlinger, Fritz/Krait, Tyma (Hrsg.): Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, Wien 2013, S. 157–174. 10 Vgl. den Vortrag von Iqbal Gharbi «Islam et Savoir: une dialectique continue», gehalten auf dem Kolloquium zur Wissenschaftskooperation

der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 8. Oktober 2014 in Tunis. 11 Die im folgenden Text genannten Fakten basieren so gut wie ausschließlich auf dem täglich von der deutschen Botschaft in Tunis herausgegebenen Pressespiegel sowie auf den Nachrichten und Analysen der tunesischen Internet-Portale www.kapitalis.com und www.businessnews.com.tn. 12 Ruf, Werner: Die tunesische Verfassung vom Januar 2014, in: Inamo 77/2014, S. 4–7. 13 Vgl. Focus, 9.1.2012, unter: www.focus.de/politik/ausland/arabische-revolution-westerwelle-vergleicht-islamische-parteien-mit-cdu_aid_700839.html. 14 Vgl. www.uni-marburg.de/cnms/aktuelles/news/2012-06-konferenzankuendigung. 15 Chaabane, Khaled: Der misslungene Versuch der Islamisierung der Hochschulen, in: Inamo 77/2014, S. 25–29. 16 Abou lyad, ein ehemaliger Afghanistan-Kämpfer in den Reihen von Al-Qaida, war 2001 maßgeblich an der Ermordung des Führers der Nordallianz beteiligt. 2003 wurde er in der Türkei verhaftet und nach Tunesien ausgeliefert, wo er wegen salafistischer Betätigung zu 43 Jahren Haft verurteilt wurde. In der Haft war er zugleich Spitzel der politischen Polizei des Ben-Ali-Systems. Nach der Revolution wurde er amnestiert und war Mitbegründer der salafistisch-djihadistischen Ansar esch-Shari'a, die unter anderem verantwortlich war für den Angriff auf die Botschaft der USA in Tunis am 14. September 2012, bei dem vier Menschen ums Leben kamen. Obwohl seine Aufenthaltsorte der Polizei bekannt waren, gelang es nie, ihn zu verhaften. Er floh dann nach Libyen, wo Ansar esch-Shari'a mittlerweile eine der schlagkräftigsten Milizen darstellt.

VERZEICHNIS DER AUTOREN

Werner Ruf war von 1982 bis 2003 Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel. Er promovierte 1967 mit einer Arbeit zur Außenpolitik Habib Burgibas und verbrachte mehrere Jahre zu Forschungszwecken in Nordafrika.

Peter Schäfer studierte Islamwissenschaft in Berlin und Birzeit/Palästina, leitete von 2008 bis 2012 das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah und leitet seit April 2013 das Nordafrika-Büro der Stiftung in Tunis.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Redaktionsgruppe Degrowth (Hrsg.)

MEHR ODER WENIGER? WACHSTUMSKRITIK VON LINKS

Materialien Nr. 3, August 2014

Download unter:

www.rosalux.de/publication/40728



Arbeitsgruppe Zeitgeschichte
 und Geschichtspolitik (Hrsg.)

LANGE LINIEN DER GEWALT URSACHEN, DEUTUNGEN UND FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGES (1914-1918)

Materialien Nr. 4, September 2014

Download unter:

www.rosalux.de/publication/40786



Malte Daniljuk (Hrsg.)

FACETTEN EINES KONFLIKTS HINTERGRÜNDE UND DEUTUNGEN DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Materialien Nr. 6, Dezember 2014

Download unter:

www.rosalux.de/publication/41078

Bestellung unter Tel. 030 44310-123 oder bestellung@rosalux.de

Impressum

MATERIALIEN Nr. 5

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Dezember 2014

Foto: Jonathan Rashad. Es zeigt ein Graffiti des Künstlers Zeft aus Zamlek/Kairo.

Deutsche Übersetzung: «Möge Gott die Revolution siegen und niemals untergehen lassen.»

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

**In der Linken fehlt es bislang
an einer differenzierten
Auseinandersetzung mit
Akteuren und Bewegungen,
die sich auf den politischen
Islam beziehen. Daher wird
mit diesem Materialienband
und den darin vertretenen
kontroversen Positionen von
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
eine dringend notwendige
Debatte befördert, der weitere
Beiträge folgen sollen.**